

WUSSTEN SIE ...

www.optoutday.de

**... dass Meldebehörden Ihre Daten weitergeben dürfen?
... dass Sie dagegen Widerspruch einlegen können?**

Wussten Sie nicht?

DANN WIRD ES ZEIT FÜR DEN OPTOUTDAY!

Wir tragen uns gemeinsam bei unseren regionalen Meldebehörden aus den offenen Listen aus, um ein Zeichen zu setzen.

WARUM WIR DIESEN SCHRITT GEHEN?

Meldebehörden haben das Recht, persönliche Daten wie zum Beispiel Adresse, Geburtstag, Konfession und Familienstand an Dritte weiterzureichen, solange man sich nicht selbständig und ausdrücklich in Schriftform dagegen ausspricht. Wir wollen nicht, dass das mit unseren persönlichen Daten passiert.

MACHEN SIE DEN OPTOUTDAY BEKANNT!

Wir können nur gemeinsam zeigen, dass Opt-Out – die Annahme, die Weitergabe von Daten wäre o.k., solange der Betroffene nicht präventiv widerspricht – auch im staatlichen Ablauf nichts zu suchen hat, wenn wir geschlossen ein Zeichen setzen.

WANN FINDET DER NÄCHSTE OPTOUTDAY STATT?

Der OptOutDay findet am 20.09.2012 überall in Deutschland statt, wo Leute zu den Meldeämtern gehen! Organisierte Aktionen werden über www.optoutday.de koordiniert. Eine Kundgebung für **Hamburg** und die Übergabe der ausgefüllten Widerspruchsformulare findet statt **am Donnerstag, den 20. September um 13 Uhr vor dem Kundenzentrum Hamburg-Mitte, Steinstraße 1.**

WO FINDE ICH DAS PASSENDE FORMULAR?

Formulare für Hamburg bekommen Sie bei der Piratenpartei Hamburg, direkt auf der Kundgebung, oder als Datei zum Ausdrucken unter http://is.gd/optout_hh. Formulare für andere Bundesländer hält die Webseite www.optoutday.de bereit.

DEINE DATEN

GEHÖREN DIR!

#OptOutDay

20.09.2012

WAS IST OPT-OUT?

Opt-Out ist ein anderes Wort für die Widerspruchslösung. Im Gegensatz zur Einwilligungslösung wird bei diesem rechtlichen Konstrukt angenommen, dass der Nutzer seine Zustimmung erteilt, wenn er einer Datenweitergabe nicht explizit widerspricht. Opt-Out führt dazu, dass der Bürger von sich aus aktiv werden muss, wenn er seine Daten schützen möchte. Tut er dies nicht, wird sein Einverständnis vorausgesetzt. Das Gegenteil von Opt-Out ist Opt-In, auch Einwilligungslösung genannt, bei der eine aktive Zustimmung der Betroffenen notwendig ist.

Opt-Out ist in der Privatwirtschaft für die Weitergabe von privaten Daten weit verbreitet. Der Nutzer wird nur selten gefragt, ob er möchte, dass seine Daten von Dritten verwendet werden. Schließlich wissen Datensammler, dass kaum jemand dem freiwillig zustimmen würde.

Das Fehlen einer Einwilligungslösung macht sich auch bei Behörden bemerkbar. Meldeämter dürfen laut derzeitiger Rechtslage ein Einverständnis der Bürger zur routinemäßigen Weitergabe ihrer Meldedaten voraussetzen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Hamburg allerdings zur Zeit noch (!) ein relativ bürgerfreundliches Meldegesetz. Bestimmte Arten der Melderegisterauskunft, die anderswo der Opt-Out-Regelung unterliegen, sind in Hamburg über Opt-In geregelt oder gar nicht erlaubt. Andere, wie z. B. die Weitergabe von Meldedaten an Parteien oder Religionsgemeinschaften, verlangen weiterhin, dass der betroffene Bürger aktiv widerspricht.

Bürger können die Weitergabe ihrer Daten zu diesen Zwecken derzeit nur durch einen schriftlichen Widerspruch unterbinden.

WWW.OPTOUTDAY.DE

WAS BRINGT DAS NEUE MELDEGESETZ?

Derzeit wird auf Bundesebene an einem neuen, einheitlichen Meldegesetz gearbeitet, das die Gesetze der Länder ablösen soll. In den Medien wurde dieses »Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens (MeldFortG)« als 57-Sekunden-Gesetz bekannt, weil es während des EM-Halbfinals von einer Handvoll Parlamentarier vor ansonsten leeren Stühlen durchgewunken wurde, obwohl in letzter Sekunde noch weitreichende Änderungen zu Lasten der Verbraucher vorgenommen worden waren. Unabhängig von diesen Änderungen wäre das Gesetz in der ursprünglichen Form in einigen Punkten ohnehin ein Rückschritt gegenüber dem bisherigen Hamburgischen Meldegesetz. Über dieses neue Gesetz wird nun am 21.09. im Bundesrat beraten.

Der OptOutDay möchte Bürger dazu aufrufen, von ihrem Recht Gebrauch zu machen und Nein zur weitgehend unkontrollierten Weitergabe ihrer Daten zu sagen, sowie zum neuen Gesetzentwurf auch. Wir fordern für ein bundesweites Meldegesetz:

- **datenschutzfreundliche Einwilligungslösungen** statt Opt-Out
- **die Ablehnung des MeldFortG** im Bundesrat und Überweisung in den Vermittlungsausschuss
- **keine Verschlechterung der datenschutzrechtlichen Stellung** der Hamburger gegenüber dem Status Quo
- **die Umsetzung aller Forderungen der Datenschutzbeauftragten** des Bundes und der Länder, wie in ihrer Entschließung vom 22. August dargelegt